



Nr. 143.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

95. Jahrgang.

Ercheinungswelle: 6 mal wöchentl. Anzeigepreis: Die kleinstmögliche Zeile 60 Pfg. Reklamen 2.— RM. — Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100% — Jerusalem.

Mittwoch, den 23. Juni 1920.

Bezugpreis In der Stadt mit Traglohn RM. 12.90 vierteljährlich, Postbezugspreis RM. 12.90 mit Bestellgeld. — Schluß der Anzeigenannahme 9 Uhr vormittags.

Vor neuen Schwierigkeiten.

Das Kabinett Fehrenbach ist immer noch nicht vollständig gebildet. Weder erfolgte bis jetzt die endgültige Feststellung der Ministerliste, noch ist die Tragfähigkeit der neuen Regierung durch eine entsprechende Erklärung der Mehrheitssozialisten gesichert. Ja, in letzter Stunde kommt sogar eine Meldung aus Berlin, die das Zustandekommen des Kabinetts Fehrenbach überhaupt in Frage stellt. Die Sozialdemokratische Partei hat dem Vernehmen nach dem Parteiausschuß der Deutsch-Demokratischen Partei Kenntnis von ihrem Beschluß gegeben, einer Regierung, in der die Deutsche Volkspartei vertreten sei, ein Vertrauensvotum nicht erteilen zu können. Hierauf hielt die demokratische Fraktion eine Sitzung ab, in der erklärt wurde, daß unter diesen Umständen eine Regierung, die, vom Vertrauen der Mehrheit des Parlaments getragen, in Spa verhandeln könne, auf der beabsichtigten Grundlage nicht gebildet werden könne und man vor einer ganz neuen Situation stehe. Bewährtheit sich diese Meldung, dann würde dies soviel bedeuten wie die Erledigung des Kabinetts Fehrenbach, denn, wie wir schon gestern betont haben, kann eine aus Zentrum, deutscher Volkspartei und Demokraten zusammengesetzte Regierung ohne die wohlwollende Neutralität der Sozialdemokratie nicht bestehen, da sie schon in der ersten entscheidenden Abstimmung unter Umständen eine Niederlage erleiden kann. Was die Mehrheitssozialisten mit ihrem Beschluß getan haben, ist nichts anderes als Sabotage und beweist nur, wie wenig diese Partei in der Zeit gelernt hat, in der sie als stärkste Regierungspartei positive Arbeit zu leisten gezwungen war. Wir geben im folgenden die Stimmen der heut. Berliner Morgenblätter über die neue Krise wieder:

Im „Vorwärts“ wird berichtet: Gegen 5 Stimmen beschloß die sozdem. Reichstagsfraktion gestern bei ihrer Abstimmung, die der Regierungserklärung folgen wird, Stimmenthaltung zu üben. Die Fraktion glaubt, nach Erwägung aller Gegenstände nicht weiter gehen zu können, da sich die Abgabe eines Vertrauensvotums für eine Regierung, welcher Mitglieder der Deutschen Volkspartei angehören, mit ihrer Auffassung nicht vertrüge. Die Fraktion beabsichtigt, ihre Stimmenthaltung so zu motivieren, daß der neuen Regierung in ihrer Stellung der Entente gegenüber in Spa keine Schwierigkeiten erwachsen. Der heutige Tag, so heißt es weiter im „Vorwärts“ muß entscheiden, ob das Schiff Fehrenbach, das kurz vor dem Hafen auf Minen gelaufen ist, scheitert, oder ob die Schäden reparierbar sind. Es ist zur Stunde noch nicht festzustellen, ob die Demokraten in der Frage des Mittelblocks wirklich schon das letzte Wort gesprochen haben. — Verschiedenen Morgenblättern zufolge war es bis Mitternacht noch ungewiß, ob die Deutsch-Demokratische Partei sich mit der neuen Hinauszögerung des verlangten Vertrauensvotums zufrieden geben oder von Koalitionsverhandlungen zurücktreten wird. — Die „Bosnische Zeitung“ fragt, ob es keinen Ausweg gebe. Sie schreibt: Die demokratische Fraktion und der demokratische Parteiausschuß haben festgestellt, daß eine ganz neue Situation geschaffen wird. Es muß sogar mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß Fehrenbach doch noch den Auftrag der Kabinettsbildung zurückgibt. Jedenfalls wird es neuer und sehr schwieriger Verhandlungen bedürfen, um aus der durch den Parteigoismus der Sozialdemokraten geschaffenen Sackgasse irgend einen Ausweg zu finden. — Das Verlangen der Demokraten nach einer sozialdemokratischen Vertrauenszusage in diesem Augenblick eilt, wie der „Vorwärts“ schreibt, den Ereignissen weit voraus. Weder lag der sozdem. Fraktion eine endgültige Ministerliste, noch der endgültige Text der Regierungserklärung vor. Die Deutsche Volkspartei erhob gegen die Ministerliste Einspruch. Wendet sich die Zusammenlegung der Regierung, so ändert sich auch das Programm. In welcher Lage wäre die sozdem. Fraktion heute, wenn sie gestern dem Wunsch der Demokraten entsprechend beschloßen hätte, der neuen Regierung ihr Vertrauen auszusprechen? Durch das demokratische Drängen nach einer sozdem. Vertrauenserklärung und mehr noch durch das ungestüme Rechtsdrehen der Volkspartei ist abermals eine überaus kritische Situation entstanden. Die drei Parteien müssen zusehen, wie sie aus ihr wieder herauskommen. Wenn sie den Beweis nicht erbringen wollen, daß das Bürgertum in Deutschland überhaupt nicht mehr imstande ist, eine Regierung zu bilden. Im übrigen, so schreibt der „Vorwärts“, weiter, hat die sozdem. Fraktion beschloßen, die von der Nationalversammlung infolge der Obstruktion der Rechten nicht erledigten Ausschlußbeschlüsse über die Abschaffung der Militärgerichtsbarkeit als Initiativantrag einzubringen.

Die stittige Ministerliste.

(WTB.) Berlin, 22. Juni. Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, haben sowohl Geh. Rat Wiedfeld als auch Dr. Reichjor die Uebernahme des Reichswirtschaftsministeriums abgelehnt.

(WTB.) Berlin, 22. Juni. Wie die Abendblätter melden, konnte die endgültige Feststellung der Ministerliste noch nicht erfolgen. Der preussische Wohlfahrtsminister Stegerwald hat die Uebernahme des Reichsarbeitsministeriums abgelehnt. Dagegen hat General Gröner den ihm angetragenen Posten des Verkehrsministers und Geh. Rat Simons die Uebernahme der Leitung des Auswärtigen Amtes angenommen.

Die Entente-Besprechungen.

Die Entwaffnung Deutschlands.

(WTB.) Paris, 22. Juni. Wie der Berichterstatter der „Information“ aus Boulogne mitteilt, ist die Frist für die Entwaffnung Deutschlands über den 10. Juni hinaus verlängert worden.

(WTB.) Boulogne, 22. Juni. Offizieller Bericht: Die Marschälle Foch und Wilson billigten den Text der alliierten Note an die deutsche Regierung bezüglich der Entwaffnung und der Vernichtung des Kriegsmaterials, sowie der bisher noch nicht vollständig durchgeführten Herabsetzung der Armee auf die im Versailles Vertrag vorgesehene Stärke.

(WTB.) Paris, 22. Juni. Pressevertretern gegenüber erklärte Millerand über die Abrüstung Deutschlands, man habe einstimmig beschloßen, von Deutschland die Herabsetzung seiner Heeresstärke auf 100 000 Mann zu verlangen. Man könne diese Herabsetzung für den 10. Juli nicht erreichen, werde sie aber in kürzester Frist verlangen.

(WTB.) Berlin, 22. Juni. Von zuständiger Stelle wird über die Heeresverminderung und die Erfüllung des Friedensvertrags folgendes mitgeteilt: Einschließlich der Truppen in der neutralen Zone betrug die Heeresstärke am 5. Mai 213 065 Mann und am 31. Mai 200 000 Mann. Da die Konferenz in Spa über den Antrag der deutschen Regierung, bauernd ein 200 000 Mann starkes Heer halten zu dürfen, entscheiden soll, die Herabminderung des Heeres auf 100 000 Mann aber nach dem Friedensvertrag bereits am 10. Juli durchgeführt sein sollte, hat die Reichsregierung am 3. Juni eine Verlängerung der Frist beantragt.

(WTB.) Berlin, 22. Juni. In Erfüllung des Friedensvertrags sind die Bestände an Geschützen, Gewehren und Munition weiter vermindert worden. Die Reichskreuzhand-Gesellschaft hat von den ihr übergebenen 1 724 000 Gewehren bisher 1 280 000 verschrotet, von 40 800 Maschinengewehren 24 500 und von 35 000 Geschützen 19 400. Außerdem sind große Mengen Gewehr- und Maschinengewehrmunition, Handgranaten, Sprengstoffe und Artilleriegeschosse vernichtet worden. Auch die Schleifung sämtlicher Festungen mit Ausnahme von Tilly, Swinemünde, Königsberg, Ulm und Küstrin, die Deutschland nach dem Friedensvertrag noch halten darf, ist in Arbeit und dürfte terminmäßig beendet werden.

Die Wiedergutmachungssumme.

(WTB.) Boulogne, 22. Juni. Der Berichterstatter der Agence Havas hat auf der Konferenz den Eindruck gewonnen, als ob sich die französischen und englischen Sachverständigen über den Tilgungssystem der deutschen Schuld einig seien. Die Alliierten würden die Gesamtsumme feststellen, die Deutschland in Raten, deren Beträge nach bestimmt werden würden, zu zahlen habe. Der Plan legt nicht nur die Gesamtsumme der von Deutschland zu zahlenden Wiedergutmachung fest, sondern bestimmt auch die von Deutschland jährlich zu zahlenden Beträge.

(WTB.) Paris, 22. Juni. Bertinaz meldet aus Boulogne, Millerand verharre auf seinem Standpunkt von San Remo, die Alliierten müßten Deutschland, wenn nötig mit Gewalt, zur Erfüllung seiner Verpflichtungen zwingen. Wenn Deutschland die vorgeschriebenen Zahlungen nicht leiste oder schlechten Willen beweise, müßten die Alliierten die Zölle und die anderen Einnahmen Deutschlands beschlagnehmen. — Bertinaz berichtet dem „Echo de Paris“ weiter aus Boulogne, auf Italiens Forderung nach einer Woproz. Beteiligung an den Zahlungen Deutschlands aus dem Friedensvertrag nicht abgeleitet werden könne. Bertinaz glaubt nicht, daß eine Einigung in dieser Frage für den Augenblick möglich sei.

(WTB.) Paris, 22. Juni. Havas meldet: Zur Flüssigmachung der deutschen Verpflichtungen haben die Alliierten sich

entschlossen, der internationalen Finanzkonferenz in Brüssel die Ausgabe internationaler Anleihen zu empfehlen, für die die Einkünfte Deutschlands als Pfand dienen sollen. Wenn Deutschland bei Ausführung des Friedensvertrags bösen Willen zeige, müßten Zwangsmaßnahmen angewandt werden. Ueber die Verteilung der Zahlungen sei noch nichts endgültig beschloßen.

(WTB.) Paris, 22. Juni. Der „New-York Herald“ erklärt, Lloyd George habe Millerand gesagt, die britischen Bankiers und Finanzleute würden niemals einem Plane zustimmen, in dem die Gesamtsumme, welche Deutschland zu bezahlen habe, nicht endgültig festgesetzt werde. — Der „Temps“ fügt hinzu, man müsse die offizielle Bestätigung dieser Nachricht abwarten.

(WTB.) Paris, 23. Juni. Wie der Sonderberichterstatter des „Temps“ mitteilt, hat man in bezug auf die Festsetzung der deutschen Schuld, da eine endgültige Regelung nicht erzielt worden sei, sich bis jetzt dahin entschieden, von Deutschland 41 Jahreszahlungen zu verlangen und nicht 37. Im übrigen sei es Aufgabe der Deutschen, in Spa Vorschläge zu machen. Die Alliierten wollten ihre Thesen nicht abschwächen dadurch, daß sie diese heute schon bekannt gäben. Die italienischen Vertreter hätten erklärt, sie könnten die französisch-englischen Vorschläge erst annehmen, nachdem die Frage der Verteilung unter den Alliierten geregelt sei.

Von der internationalen Finanzkonferenz in Brüssel.

(WTB.) Paris, 22. Juni. (Havas.) Zur Flüssigmachung der deutschen Verpflichtungen haben die Alliierten sich entschlossen, der internationalen Finanzkonferenz in Brüssel die Ausgabe internationaler Anleihen zu empfehlen, für die die Einkünfte Deutschlands als Pfand dienen sollen. Wenn Deutschland bei Ausführung des Friedensvertrags bösen Willen zeige, müßten Zwangsmaßnahmen angewandt werden. Ueber die Verteilung der Zahlungen sei noch nichts Endgültiges beschloßen.

Ententebotschafter in Berlin.

(WTB.) Boulogne, 22. Juni. Die Delegierten der Großmächte haben beschloßen, sich in Zukunft in Berlin nicht mehr durch Geschäftsträger, sondern durch Botschafter vertreten zu lassen und zwar schon vor der Konferenz in Spa. Die Botschafter, die die Ämter am 1. Juli übernehmen sollen, wurden noch nicht bezeichnet. Die Konferenz von Spa bleibt vorläufig auf den 5. Juli angesetzt. Es sollen zu ihr noch neue Delegierte berufen werden. Man glaubt, daß die Konferenz von Boulogne bis heute abend dauern wird.

Verschiebung der Konferenz von Spa.

(WTB.) London, 22. Juni. Reuter zufolge hält man in den Kreisen der englischen Diplomaten die Verschiebung der Konferenz von Spa um acht Tage für unermesslich. (Für die Verschiebung der Konferenz wird besonders auch in französischen Kreisen lebhaft agitiert. Den Franzosen liegt daran, daß die Konferenz nach dem 10. Juli stattfindet, weil an diesem Tag das deutsche Heer auf 100 000 Mann herabgesetzt sein soll und die Franzosen damit rechnen, Deutschland der Nichterfüllung des Friedensvertrags zeihen zu können. D. S.)

Das Ergebnis der Konferenz von Boulogne.

(WTB.) Boulogne, 22. Juni. (Havas.) Die Konferenz hat ihre Arbeiten heute Dienstag um 1 Uhr nachmittags beendet. Der Presse wurde folgendes Communiqué übermittelt: Der dritte Zusammentritt der Konferenz von Boulogne fand von 10 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags statt. Es wurde von neuem die Frage der Wiedergutmachungssumme und deren Verteilung auf die Alliierten besprochen. Es wurde beschloßen, daß die französischen, englischen, italienischen, belgischen und serbischen Sachverständigen in Paris zusammentreten werden, um auf den angenommenen Grundlagen gemeinsame Vorschläge auszuarbeiten, welche am 2. Juli in Brüssel den Alliierten unterbreitet werden sollen, damit diese ihr Abkommen vor der Konferenz von Spa endgültig festsetzen können. — Die zweite behandelte Frage war die Abrüstung Deutschlands. Die Konferenz genehmigte die von den militärischen Sachverständigen vorgelegten Texte und stimmte ihnen auch in der Frage des Eigentumsrechts an zerstörtem Material zu. — Die Nichtausführung der Klauseln des Friedensvertrags in Bezug auf die Kohlenlieferungen wurde von den französischen Delegierten neuerdings vorgebracht. Auf der nächsten Konferenz in Brüssel soll nach den Anträgen der Wiedergutmachungskommission in dieser Frage Beschluß gefaßt werden. — Zum Schluß wurde Kenntnis genommen, daß die in London begonnenen wirtschaftlichen Verhandlungen mit den russischen Sowjetdelegierten fortgesetzt wer-

Wucherpreise für
direktion der Eisen-
rfschen und Beeren
rfschen 1 M und
er Ansicht, daß das
nsehen muß, um
schäftsstandung hat
Angestellten gelän-
ng im Betriebsrat
anerkenntn mußte.
führung der Dym-
gt am 2., 3. und
s Vereins für Be-
3 Mannschafswelt-
ntreffen der besten
aden und Hefen
men der bisherigen
erstellende Personal
ndigen Beitrag zu
weise übernomme-
betriebs im Spiel-
l übergeben. Es
edern innerhalb 5
reisan der deutschen
der Rohwulstpreis
ens 250 Mark für
bedeutet gegenüber
von 100 Mark für
Juni. Bei den Erdb-
urbe auf der Teils-
in Teil eines Gräs-
s 120 Zentimetern
Die Stelette sind
üchtig und zerfallen
n neben dem Stes-
das eines Kindes.
Sicherheit festzu-
r Schluttgarter Lan-
K n d l l e r aus
gen vorzunehmen.
len, dürfte es sich
agerung von
da zu dieser Zeit
auf dem Gewand
erseite liegt jedoch
der napoleonischen
D. Räder, Calw.
Hydranderei, Calw.
ke großblättrige
bapflanzen
empfeht
Hägele, Gärtner.
detes 28 jähriges
r kulein
ht Stelle
Haufe, wo sie wirk-
volles Heim findet.
in Haushalt, Kinder-
nkenpflege.
ist an
nde, Nagold,
rgstraße 338.
ger
rbeknecht,
aschinist
r Schloffer) zur Be-
unserer Stein Schlag-
(Benzinmotor) für
esucht.
und Stähler
schaft in Calw.
Prima
denöl
denwische
3 Größen
abspäne
Wibrona, die
denwische, nur
erien erhältlich.
Ritter-
gerie Calw

Amtliche Bekanntmachungen.

Kommunalverband Calw.

Betreff: Verteilung von Auslandsschmalz.

Von der letzten Schmalzverteilung sind noch ca. 5 Zentner übrig geblieben. Dieses Quantum reicht jedoch zu einer nochmaligen allgemeinen Verteilung nicht aus. Diejenigen Haushaltungen, welche von dem Schmalz noch etwas zu erhalten wünschen, wollen dies sofort beim (Stadt-)Schultheißenamt unter Angabe des gewünschten Quantum anmelden. Der Verbraucherpreis beträgt M. 19.20 das Pfund.

Die (Stadt-)Schultheißenämter wollen eine Liste über die eingegangenen Bestellungen bis spätestens Samstag, den 28. ds. Mts. dem Kommunalverband einreichen.

Calw, den 21. Juni 1920.

Kommunalverb.: Amtm. Bögel, gef. Stv.

Bekanntmachung betr. Viehzählung.

Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung des Wirtl. Ernährungsministeriums vom 27. Mai 1920, Staatsanzeiger Nr. 121, und die oberamtliche Bekanntmachung vom 28. Mai 1920 im Calwer Tagblatt Nr. 122, wonach die Durchführung der Viehzählung auf 1. Juni 1920 zu unterbleiben hatte, eine Nachholung der Zählung aber vorbehalten worden ist, wird hiemit den Schultheißenämtern mitgeteilt, daß die für die Viehzählung vom 1. Juni 1920 bestimmte Vorbrücke, die den Schultheißenämtern schon vor den vorerwähnten Bekanntmachungen zugegangen waren, für die nächste Viehzählung unter

den, daß aber deshalb von einer politischen Anerkennung der Sowjetregierung keine Rede sein kann.

(W.B.) Boulogne, 22. Juni. In der Wiedergutmachungsfrage beschloß die Konferenz, grundsätzlich für die Gesamtschädigung einen Höchstbetrag festzusetzen, der in jährlichen Teilzahlungen von mindestens drei Millionen Goldmark zu erstatten ist. Wenn Deutschlands Wohlfahrt eine Verringerung zuläßt, so werden die Jahreszahlungen, nicht aber der Gesamtbetrag erhöht werden.

(W.B.) Boulogne, 22. Juni. (Havas.) Lloyd George und die übrigen Mitglieder der englischen Delegation haben heute Nachmittag Boulogne wieder verlassen.

Die russische Frage.

(W.B.) Boulogne, 22. Juni. Laut Havas äußerte Lloyd George in den Beratungen über die russische Frage den Wunsch, die britischen Beziehungen mit Rußland wieder aufzunehmen. Millerand dagegen blieb dabei, nur die wirtschaftlichen Beziehungen wieder aufzunehmen.

Zur äußeren Lage.

Beginn der Rheinkonferenz.

(W.B.) Straßburg, 22. Juni. Die im Friedensvertrag vorgesehene rheinische Konferenz ist zusammengetreten und hielt gestern zwei Sitzungen ab. Den Vorsitz führte der frühere Minister Clavelle. Deutschland war durch fünf Delegierte und Sekretäre vertreten. Belgien, Italien und die Schweiz waren ebenfalls vertreten, dagegen hatte Holland keine Delegierten entsandt.

Französische Zensur im besetzten Gebiet.

(W.B.) Mainz, 21. Juni. Gestern verbot die französische Militärbehörde, Meldungen über die Freudentumgebungen der Deutschen in Trier anlässlich des Niederholens der alliierten Fahnen und des Aufziehens der deutschen Farben zu veröffentlichen. Meldungen über den Ludwigshafener Streik dürfen ebenfalls nicht gebracht werden. Die französische Militärbehörde behält sich vor, eigene Nachrichten zu veröffentlichen.

(W.B.) Frankfurt/Main, 21. Juni. Die „Frankf. Ztg.“ meldet aus Ludwigshafen: Seit Sonnabend sind hier die Frankfurter Zeitungen und sämtliche Mannheimer Zeitungen von den Franzosen verboten. Die zum Verkauf aufgelegten Nummern werden beschlagnahmt.

Der polnische Uebergriff.

(W.B.) Marienwerder, 22. Juni. Laut Meldung der italienischen Gefandtschaft aus Warschau ist Dr. v. Holtum freigelassen worden.

Die polnische Korridorfrage.

* Berlin, 22. Juni. Heute findet in Warschau eine Sitzung über die polnische Korridorfrage statt, an der deutscherseits Vertreter des Auswärtigen Amtes, des Reichsverkehrsministeriums, die Eisenbahnbevollmächtigten, die deutschen Reichskommissare für Allenstein und Marienwerder teilnehmen. Die polnische Regierung hat, wie verschiedene Morgenblätter berichten, ihre grundsätzliche Bereitwilligkeit zur Durchführung der Abstimmungsberechtigten durch den Korridor mit einer genügenden Anzahl von Zügen erklärt. In der Sitzung sollen nur Einzelheiten verhandelt werden.

Die internationale Seemannskonferenz und der U-Bootskrieg.

(W.B.) Genua, 21. Juni. In einem von Albert Thomas beantragten Beschluß der internationalen Seemannskonferenz wird ausdrücklich davon Abstand genommen, ein Urteil über die Berechtigung des U-Bootskrieges zu fällen, den, wie es heißt, Deutschland in seiner Not zur Verteidigung gegen die Blockade begonnen habe.

Die Heimkehrer aus Südafrika.

(W.B.) Berlin, 22. Juni. Das britische Auswärtige Amt hat der deutschen Botschaft in London bekannt gegeben, daß nunmehr den aus Südafrika in ihre Heimat reisenden Deutschen die Reise über England gestattet wird.

Die Heimführung der Kriegsgefangenen in Sibirien.

(W.B.) Genf, 22. Juni. Der vom Völkerverbund mit der Heimführung der noch in Sibirien befindlichen Kriegs-

entsprechender Abänderung der dem Vordruck aufgedruckten Zeitangaben zu verwenden sind.

Calw, den 21. Juni 1920. Oberamtmann: G 5 s.

Bekanntmachung.

betr. Ernteflächen- und Anbauerhebungen 1920.

Die Herren Ortsvorsteher werden auf die Notwendigkeit hingewiesen, unbedingt Sorge dafür zu tragen, daß die gemäß Erlass des Statistischen Landesamts vom 14. Mai 1920 Nr. 2160 und vom 8. ds. Mts. Nr. 2977 für die Einsendung der Erhebungen an das Oberamt festgesetzten Termine:

1. Juli für die Anbauerhebung (Felderanblümmungserhebung),
10. Juli für die Ernteflächenhebung

zuverlässig eingehalten werden.

Calw, den 21. Juni 1920. Oberamtmann: G 5 s.

Verfügung der Landesverforgungsstelle über Most.

Auf Grund der §§ 12 und 15 der Verordnung des Bundesrats über die Verforgungsregelung vom 25. Sept./4. Nov. 1915, 16. Juli 1919 (Reichs-Gesetzbl. 1915 S. 607/728 1916 S. 673) wird unter Aufhebung der Verfügung vom 28. Februar 1920 (Staatsanzeiger Nr. 50) mit Genehmigung des Ernährungsministeriums verfügt:

§ 1. Bei dem Abjaß von Obstmost dürfen nachstehende Höchstpreise, je einschließlich Steuer, nicht überschritten werden:

Erzeugerpreis	1.00 M. das Liter
Auschantpreis	1.60 M. das Liter

gefangenen beauftragte Professor Ransen ist in Genf angekommen und hielt mit dem Internationalen Roten Kreuz-Komitee eine Besprechung ab.

Sowjetrußlands „friedliche“ Politik.

(W.B.) Haag, 21. Juni. Ein Moskauer Funkpruch besagt: Tschitscherin hat ein Telegramm an die deutsche Regierung geschickt, worin er dem böswilligen und tendenziösen Gerücht über angebliche feindselige Absichten Rußlands gegenüber Deutschland entgegentritt. Etwas derartiges sei nicht geplant. Der Krieg gegen Polen sei ein reiner Verteidigungskrieg. Die Politik Sowjetrußlands sei friedlich.

Neubildung des rumänischen Kabinetts.

(W.B.) Bukarest, 22. Juni. (Reuter.) Averescu hat das Kabinett mit Ionescu als Minister des Aeußern gebildet.

Päpstliche Nuntiaturn in Bern.

(W.B.) Bern, 21. Juni. Nachdem bekannt geworden ist, daß die päpstliche Kurie die Errichtung einer Nuntiaturn in der Schweiz für wünschenswert erachtet, hat sich der Bundesrat mit der Errichtung der Nuntiaturn mit dem St. N. in Bern einverstanden erklärt. Die Nuntiaturn in der Schweiz wurde anlässlich des Kulturkampfes im Jahre 1874 aufgehoben.

Englands indische Sorgen.

(W.B.) London, 21. Juni. Reuter meldet aus Lahore vom 17. Juni: 16 000 Eisenbahner sind heute wieder in den Ausstand getreten.

Deutschland.

Vom Reichsrat.

(W.B.) Berlin, 22. Juni. In der heutigen Abend Sitzung des Reichsrats wurde die Verordnung über die Ueberleitung der Rechtswege in den Kreisen Eupen und Malmedy angenommen, ebenso eine Verordnung über Aenderung der Postordnung, die die letzten Reste der Gebührenfreiheit beseitigt. Angenommen wurde ein Notetat, der sofort dem neuen Reichstag vorgelegt werden soll. Der Fehlbetrag für die Reichspost und die Eisenbahn ist in diesem Notetat mit 6,1 Milliarden festgesetzt.

Die Wahlen zum Thüringer Landtag.

(W.B.) Weimar, 22. Juni. Bei den Wahlen im Thüringer Landtag wurden nach den bisherigen Feststellungen abgegeben: Für die Deutschnationalen 34 128, die Deutsche Volkspartei 96 125, Demokraten 49 921, Landbund 92 745, Mehrheitssozialisten 87 726, Unabhängige 159 512, Kommunisten 5 858. Es fehlen noch die Altbürgerlichen und die meisten meiningischen Landorte.

Die neue Regierung in Braunschweig.

(W.B.) Braunschweig, 22. Juni. Die Landesversammlung wählte in ihrer heutigen Sitzung die unabhängigen Abgeordneten Sepp Derter, Junke und Stenders, sowie die bisherigen Minister Autrid und Steinbrecher, die den Mehrheitssozialisten angehören, zu Ministern. Bei der Wahl der neuen Regierung wurden 26 weiße Zettel abgegeben, so daß sich also die Rechte und ein Teil der Demokraten der Stimmen enthalten haben dürften.

Die Gemeindevahlen für Groß-Berlin.

(W.B.) Berlin, 21. Juni. Bei den Gemeindevahlen für Groß-Berlin haben sich nur 55 Prozent der Wahlberechtigten beteiligt. Nach den bisher bekannten Zahlen dürften auf die Unabhängigen 87 Sitze, auf die Sozialdemokraten 38, die Wirtschaftliche Vereinigung 10, die Demokraten 16, das Zentrum 8, die Deutsche Volkspartei 37, die Deutschnationale Volkspartei 26 Sitze entfallen. Drei Mandate erscheinen noch zweifelhaft.

Abg. Dr. Friedberg †

(W.B.) Berlin, 21. Juni. Der Abgeordnete, Staatsminister a. D. Dr. Robert Friedberg, ist gestern abend plötzlich an Herzschlag verstorben. Er war gestern noch völlig wohl und hatte seiner Wahlpflicht (bei den Berliner Gemeindevahlen) genügt.

Der päpstliche Vertreter in Deutschland.

(W.B.) Rom, 22. Juni. (Stefani.) Pacelli ist zum Nuntius in Deutschland ernannt worden.

In den großen und mittleren Städten kann durch Beschluß des Gemeinderats der Erzeugerpreis bis zu 1.30 M., der Auschantpreis bis zu 2.40 M. das Liter erhöht werden. In den übrigen Gemeinden kann das Oberamt auf Antrag des Gemeinderats die Erhöhung bewilligen.

§ 2. Die Höchstpreise gelten für Obstmost jeder Art, also auch für sogenannten Saft. Die Oberämter, in den großen und mittleren Städten der Gemeinderat, sind befugt, auf Antrag des einzelnen Verkäufers oder Schankwirts für reinen Obstsaft, d. h. für den aus Äpfeln oder Birnen oder aus einem Gemisch von beiden gewonnenen Saft ohne Wasserzusatz, Befreiung von der Einhaltung der Höchstpreise zu erteilen. Hierbei ist die Zulässigkeit des Getränkes und unter Berücksichtigung der Beschaffungskosten festzusetzen. Die Kosten der Feststellung der Beschaffenheit und der Bestehungskosten hat der Geschütsteller zu tragen.

§ 3. Die Inhaber von Gast- und Schankwirtschaften, sowie von solchen Betrieben, welche Most offen, in Flaschen oder in anderen Gefäßen im Kleinverkauf abgeben, haben durch deutlich sichtbaren Anschlag in den Wirtschaftsräumen und Verkaufsstellen die Preise für Most in den zum Verkauf kommenden Maßen bekannt zu geben. Wird mit Genehmigung des Oberamts, in großen und mittleren Städten des Gemeinderats, Obstsaft zu einem höheren Preis ausgeschänkt, so ist dies in dem Auszug unter Anführung der genehmigenden Behörde und des Tags der Genehmigung besonders anzuführen.

Stuttgart, den 14. Juni 1920. M a n h.

Gegen die Lebensmittelteuerung.

Für den gestrigen Tag waren überall im Lande Kundgebungen gegen die herrschende Lebensmittelteuerung vorgesehen. Sie verliefen größtenteils friedlich, aus einigen Orten, wie Ulm, Ravensburg, Aalen werden allerdings Ausschreitungen der Demonstranten gemeldet, die nur mit Waffengewalt gehindert werden konnten.

Die Teuerungskundgebung in Calw.

Auch in Calw hat gestern Nachmittag eine Demonstration gegen die Teuerung stattgefunden. Man schreibt uns dazu: Schon Montag Abend nahm der hies. Gewerkschaftsorts-ausschuß, unter Hinzuziehung von Vertretern des Reichsbundes und der Verkehrsunterbeamten, Stellung zur Frage einer Demonstration. Vorf. Bischoff gab einen kurzen Überblick über die wirtschaftlichen Verhältnisse und ersuchte um Stellungnahme zu der Protestkundgebung. Allgemein war man wohl für eine Demonstration, da der Arbeiterschaft kein anderes Mittel zur Verfügung stehe. Die Kundgebung müsse jedoch ruhig und geschlossen unter Leitung des Ortsausschusses erfolgen bei vollzähliger Beteiligung aller gewerkschaftlichen Organisationen unter Ausschaltung irgend welcher politischer Machenschaften. Ueber den Zeitpunkt einigte man sich auf Arbeitsbeginn um 4 Uhr, Beginn um 1/5 Uhr auf dem Marktplatz vor dem Oberamt. Sodann wurde eine Resolution abgefaßt und eine Dreier-Kommission gewählt. — Gestern mittag um 4 Uhr wurden in den größeren und mittleren Betrieben die Arbeit niedergelegt und die organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen sowie eine Anzahl organisierte Eisenbahnunter-beamte begaben sich z. T. in geschlossenen Abteilungen auf den Marktplatz, auf welchem sich auch eine Anzahl Hausfrauen, Nichtorganisierte und Neugierige eingefunden hatten. Vorf. Bischoff begrüßte im Auftrage des Gewerkschaftsorts-ausschusses Calw die zahlreich Erschienenen, betonend, daß zum 1. Mal die organisierte Arbeiterschaft auf die Straße gerufen worden sei, und ersuchte um ruhiges Verhalten während der Ausführungen und beim Verlassen des Marktplatzes. Der Ortsleiter des Textilarbeiterverbandes Hörnle schilderte in kurzen, klaren Sätzen die Lage. Seit dem 16. Juni sei eine ungeheure Teuerung der notwendigen Lebensmittel eingetreten, die durch die bisherigen Teuerungszulagen nicht zu begleichen sei. Uner-schwingliche Preise auf der einen Seite, Verweigerung weiterer Teuerungszulagen durch die Arbeitgeber auf der anderen Seite! Arbeitslosigkeit drohe auch noch, dazu komme der 10proz. Steuerabzug, der sich schwer fühlbar machen werde. Da gebe es nur einen Ausweg, die Lebensmittel müssen in genügender Menge beschafft und die Preise dafür abgebaut und den jetzigen Löhnen angepaßt werden. Wir verlangen von der Regierung, daß sie auch der Arbeiterschaft gegenüber ihre Pflicht voll erfüllt und protestieren gegen die Aufhebung der Zwangswirtschaft. Wir fordern rücksichtsloses Vorgehen gegen Schieber und Wucherer, warnen aber auch die Lebensmittel-erzeuger, mit ihren Preisforderungen der ausgehungerten Arbeiterschaft gegenüber den Bogen nicht zu überspannen. Auch müsse im Interesse der arbeitslos werdenden eine 100proz. Erhöhung des ortsüblichen Tagelohns eintreten. Nach dem oft von Beifall unterbrochenen Ausführungen verlas Vorf. Bischoff nachstehende Resolution:

„An das Wirtl. Staatsministerium durch das Oberamt Calw. Die heute auf dem Marktplatz in Calw stattgefundenen Demonstrations-Versammlung der gesamten organisierten Arbeiterschaft unterstützt die nachstehenden Forderungen, wie sie vom Bezirks-Kartell der Vereinigten Gewerkschaften Württembergs und der Arbeitsgemeinschaft freier Angestellten-Verbände an das Wirtl. Staatsministerium gerichtet worden sind. Die Teuerung und der Wucher und damit die Notlage der Arbeiter und Angestellten nehmen in letzter Zeit Formen an, die als unerträglich zu bezeichnen sind. Die Wirtschaftskrise mit ihren unheilbringenden Folgen der Arbeitslosigkeit bedroht die nackte Existenz von Tausenden. Der bevorstehende Steuerabzug beschränkt die Existenzmittel noch mehr, das Unternehmertum lehnt jede Anpassung der Löhne ab und legt einen Betrieb nach dem andern still, um die Riesengewinne des vergangenen Jahres zu konservieren und aufrecht zu erhalten. Diese Zustände zwingen die Gewerkschaften mit allen Mitteln die Interessen ihrer Mitglieder

... durch Beschluß
1.30 M., der Aus-
werden. In den
trag des Gemeinde-

... oft jeder Art, also
in den großen und
auf Antrag des
in dem Obst- u. d. h.
in dem Gemisch von
Befreiung von der
bei ist die zulässige
der Beschaffen-
der Gesteinungs-
der Beschaffenheit
zu tragen.

... Wirtschaften, sowie
lassen oder in an-
ber durch deutlich
und Verkaufsstellen
enden Maßnahmen be-
des Oberamts, in
erats, Obst- u. d. h.
in dem Ausnahm-
und des Tags der

M a n b.

erung.

... im Lande Kund-
erung vorgehen.
... Octen, wie Ulm,
... reitungen der De-
... halt gehindert wer-

Calw.

... eine Demonstration
... reibt uns dazu:
... tschaftsorganis-
... tern des Reichs-
... stellung zur Frage
... inen kurzen Klä-
... und eruchte um
... gemein war man
... terchaft kein an-
... ngebung müsse
... Ortsausschusses
... gewerkschaftlichen
... welcher politischer
... man sich auf
... dem Marktplatz
... lution abgefaßt
... stern mittag um
... Betrieben die
... Arbeiter und Ar-
... Eisenbahnunter-
... eilungen auf den
... zahl Hausfrauen,
... hatten. Vor-
... tsortsausschusses
... zum 1. Mal die
... rufen worden sei,
... der Ausführungen
... Ortsleiter des
... in kurzen, klaren
... eine ungeheure
... getreten, die durch
... gleichen sei. Un-
... Berweigerungen
... ober auf der an-
... sch, dazu komme
... r machen werde,
... mittel müssen in
... für abgebaut und
... verlangen von der
... gegenüber ihre
... e Aufhebung der
... Vorgehen gegen
... die Lebensmittel-
... gehungengetten Ar-
... verspannen. Auch
... en eine 100proz.
... eten. Nach den
... gen verlas Vor-

... Bei der Kundgebung in Stuttgart, die friedlich und ohne Zwischenfälle verlief, wurde von den Demonstranten eine ähnliche Entschließung wie in Calw angenommen. Dort verlangten die Versammelten gleichfalls eine „entsprechende Erhöhung der Löhne“.

Die Demonstration in Stuttgart.

Bei der Kundgebung in Stuttgart, die friedlich und ohne Zwischenfälle verlief, wurde von den Demonstranten eine ähnliche Entschließung wie in Calw angenommen. Dort verlangten die Versammelten gleichfalls eine „entsprechende Erhöhung der Löhne“.

Ausführungen in Ulm, Ravensburg und Aalen.

Zu den gestrigen Kundgebungen gegen die Teuerung und den Lebensmittelwucher wird uns von amtlicher Seite mitgeteilt: Während in Stuttgart und den meisten Orten des Landes die Demonstrationen ruhig verlaufen sind, kam es in Ulm und Ravensburg leider zu bedauerlichen Zusammenstößen. In Ulm holte eine erregte Volksmenge den Oberamtmann, Oberregierungsrat Mayer, mit seinem Amtsekretär aus dem Oberamt und zwang beide Herren, mit in dem Zug auf den Marktplatz zu ziehen. Hier wurde der Oberbürgermeister Dr. Schwannberger mit Gewalt aus dem Rathaus herausgeholt, wobei der Oberamtmann und der Oberbürgermeister weiter mißhandelt wurden. Beim Sturm auf das Rathaus wurden an diesem sämtliche Fenster eingeschlagen, die Altan auf die Straße geworfen und auf dem Dach rote Fahnen aufgezogen. Es ist bemerkenswert, daß die Ausführe von Anfang an Waffen bei sich führten. Ihr Anführer soll ein gewisser G. L. sein. Die zum Schutz des Rathauses herbeigerufene Polizeivewehr wurde schon auf dem Anmarsch von der Menge angegriffen, wobei eine Reihe von Polizeivewehrern zum Teil erheblich verwundet wurde. Die Polizeivewehr mußte von der Waffe Gebrauch machen und sich mit Gewalt in den Besitz des Rathauses setzen. Die Menge versuchte darauf erneut, das Rathaus zu stürmen und verlangte den Abzug der Polizeivewehr, sowie Auslieferung der Waffen, was abgelehnt wurde. Zum Entsatz der Polizeivewehr schritten zwei Bataillone Reichswehr ein, die den Platz säuberten. Unter der Menge sind Tote und Verwundete zu beklagen. Reichs- und Polizeivewehr hielten bis in die Nacht Rathaus und die umliegenden Straßen besetzt. — In Ravensburg zogen die Demonstranten ebenfalls vor das Oberamt, das sie erheblich verwüsteten. Die zur Wiederherstellung der Ordnung herbeigerufene Reichswehr aus Weingarten mußte mit Waffengewalt einschreiten, wobei es auch hier nicht ohne erhebliche Verluste auf Seiten der Ausführe abging. Das Streben von Sparatius und U.S.B. ging hier offensichtlich dahin, in den Besitz der Waffen der Einwohnerwehr zu gelangen. In Ulm und in Ravensburg wurde die Einwohnerwehr aufgelöst. Zur Zeit ist es in beiden Orten ruhig. — In Aalen bemächtigten sich radikale Elemente mit Gewalt des Waffendepots der Einwohnerwehr, das sie vollständig ausraubten. Der dortige Oberamtmann steht mit den Ausführeern unter Vermittlung der Gewerkschaftsführer noch in Verhandlung über die Herausgabe der Waffen.

Protest der Industriellen.

Der Landesverband der Wirt. Industrie, der Verband wirt. Industrieller und die Vereinigung wirt. Arbeitgeberverbände hat einen energischen Einspruch gegen die Heraussetzung der Preise für wichtige Lebensmittel den Regierungsstellen überwiesen.

*

Lebensmittelkravalle im Reich.

(W.B.) Berlin, 22. Juni. Den Abendblättern zufolge hat sich die Lage in Osnabrück, wo in letzter Zeit wiederholt Ausschreitungen wegen der Lebensmittelpreise vorgekommen waren, gestern bedeutend verschärft. Es wurden Lebensmittel-läden und Schuhwarengeschäfte von einer großen Menschenmenge ausgeräumt und die Waren zu billigem Preise verkauft. Auch die Vorräte in den Gastwirtschaften und Hotels wurden geplündert. Die Hauptgeschäftsstraßen wurden darauf von der aus Hannover herbeigerufenen Polizei im Verein mit der Osnabrücker Polizei und der Ortswehr abgesperrt. Vor dem Gerichtsgefängnis feuerte die Ortswehr auf die Menge, die versuchte, in das Gebäude einzudringen. Mehrere Personen wurden dabei verletzt. Nachts war die Ruhe wiederhergestellt. — Auch in Frankfurt a. M. und in Grefeld ereigneten sich ähnliche Kravalle. In Grefeld stürmte die Menge das Warenhaus Tied und warf sämtliche Waren aus allen Stockwerken aus den Fenstern auf die Straße. Auch mehrere andere große Geschäftshäuser, vor allem Schuhwarengeschäfte, wurden von der Menge geplündert. Die Schutzmannschaft war machtlos. Erst in den Abendstunden gelang es der belgischen Besatzungsbesatz, die Ruhe wiederherzustellen. Zahlreiche Personen sind bei dem Zusammenstoß verletzt worden.

Bermischtes.

Die kurzfristigen Gendarmen in Straßburg.

In Elßaß wimmelt es jetzt von uniformierter und nicht uniformierter Polizei. Nach einwandfreien Zeugnissen ist die Kopfzahl der Polizeibeamten bis verzehnfacht worden; im Kreise Haguenau z. B. gibt es 80 Gendarmen, wo man zu deutscher Zeit mit 10 Mann auskam. Trotz dieser Ueberfülle von Sicherheitswächtern ist es um die öffentliche Sicherheit durchaus nicht besser geworden als früher. Einen ergüßlichen Beitrag zu diesem Kapitel liefert ein Bericht der „Straßb. Fr. Presse“, der wörtlich besagt: „Vergangenen Sonntag, es war gegen 6 Uhr abends, bot sich den Passanten des Metzgerplatzes eine gute Gelegenheit zum Studium der Frage, für welche Zwecke die Gendarmen in so großer Anzahl in Straßburgs Mauern untergebracht sind. Ein mit braunem Rock und roter Mütze bekleideter Sohn des afrikanischen Festlandes kam die Rue d' Austerlitz entlang, um wie es schien, einen Sturmangriff auf den auf dem Metzgerplatz stehenden Kiosk zu unternehmen. Kaum gedacht, war es schon geschehen. Mit Wucht schlug der schwarze Besetzer, nachdem er das Experiment an einer der vorderen Ecken versucht, mit dem Ellbogen die Scheibe der hintern Seite des Kioskes ein. Wer hatte gezwifelt, daß drei Gendarmen, welche Augenzugegen dieses Vorfalles waren, nicht, kraft ihres Amtes, eingreifen würden? Doch weit gefehlt. Ohne auch nur Notiz von dem Vorgefallenen zu nehmen, gingen die drei Gendarmen davon — ob mit lächelnder Miene konnte nicht einwandfrei festgestellt werden. Erst mußte von Zivilisten ein Schutzmann herbeigeholt werden, welchem es mit Hilfe von Privatleuten gelang, sich des Missetäters zu bemächtigen, welcher sich wie ein Wilder gebärdete. Nach diesem Vorfall wurde das Verhalten der drei Gendarmen von den Augenzugegen lebhaft diskutiert insbesondere die Frage, ob denn die Gendarmen vom Staate unterhalten werden, um lediglich hinter Streikposten oder hinter ruhig des Weges gehenden Zivilisten, wie es bei Streiks schon oft vorgekommen, her zu sein, oder ob ihre Tätigkeit darin besteht, die Sicherheit des Eigentums sowohl als auch die Ordnung aufrecht zu erhalten“.

Die Zeitungsnot.

Wie der „Tägl. Korr.“ schreibt, hat auch Amerika seine Zeitungsnot. Die amerikanischen Zeitungen leiden tatsächlich unter den unerwünschten Gebühren, die die Post für den Zeitungsbezug erhebt. Die Zeitungsgebühren sind übrigens auch bei uns auf 1. Juli erhöht. Seit dem Jahre 1918, in dem die erhöhten Zeitungsgebühren in Amerika zur Einführung kamen, mußten nicht weniger als 2500 Zeitungen ihr Erscheinen einstellen.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 23. Juni 1920

Die Regierungsbildung in Württemberg.

Die Frage der Regierungsbildung in Württemberg hat trotz der ersten stattgefundenen Sitzung des neuen Landtags keine Fortschritte gemacht, da man über den künftigen Staatspräsidenten noch keine Entscheidung getroffen hat. Die Demokratie wird das Amt des Staatspräsidenten dem erst kürzlich wegen Alters ganz aus dem politischen Leben verabschiedeten früheren Vizekanzler v. Bayer anbieten, der aber erst aus Berlin zurückkehren muß. Eine Entscheidung dürfte nicht vor Mittwoch vor-mittag fallen. Um die Mittagsstunde tritt dann der Landtag zur Wahl des Staatspräsidenten zusammen. Dieser wird erst die Minister berufen, wobei es bei den bisher gepflogenen Abmachungen bleiben wird. Nimmt Bayer an, so dürfte Dienstag das Finanzministerium abgeben und in den Reichsdienst als Präsident des Landesfinanzamts übertreten.

Vom Landtag.

Der neugewählte würt. Landtag trat am Dienstag nachmittag zu seiner ersten Sitzung zusammen, um sich seinen Präsidenten zu wählen. Der Halbmondsaal zeigte nicht mehr das Bild eines überfüllten Raumes; die 101 Abgeordneten hatten bequemen Platz. Die Deutsche Volkspartei mit ihren vier Vertretern hat neben den Demokraten ihre Sitze gefunden. Die Parteien der Mitte sind zusammengedrängt, die Unabhängigen füllen ein ganzes Abteil der Sitzrunde und die Rechte behnt sich über zwei Abteile aus. Die Tribünen sind überfüllt. Auf dem Präsidentenstuhl waltet der Alterspräsident, Oberstudienrat Dr. G e l h a a f. Der Ministertisch steht leer. Pünktlich eröffnet Alterspräsident Egelhaaf um 3/4 Uhr die Sitzung. Die Geschäftsordnung des bisherigen Landtags wird als maßgebend anerkannt. Eine warmherzige Begrüßungsansprache Dr. Egelhaafs, in der er die gemeinsame Arbeit in der Stunde der Not über die Gesichtspunkte der Parteien stellte, leitet über zu der Präsidentschaftswahl. Von den 99 anwesenden Mitgliedern stimmen 57

für den Abg. Walter (Z.), 26 für Dr. Roth (W.B.), je 1 für die Abgg. Wolff und Holz, außerdem werden 14 weiße Zettel abgegeben, die zweifellos von der Fraktion der Unabhängigen stammen. Der neue Landtagspräsident Walter nimmt die Wahl mit Dankesworten an, bittet um allseitige Unterstützung bei der Führung seines Amtes und erneuert das Versprechen, mit unparteiischer Gerechtigkeit seines Amtes zu walten. Zum ersten Vizepräsidenten wurde hierauf Abg. Dr. Roth (W.B.) mit 78 Stimmen gewählt, zum 2. Vizepräsidenten mit 83 Stimmen der Abg. Keil (Soz.), der bisherige Landtagspräsident. Außerdem werden durch Zuzug 8 Schriftführer bestellt. Damit hat das Haus sein Präsidium und ist geschäftsfähig. Nach knapp dreiviertelstündiger Dauer geht die Sitzung zu Ende. Die nächste Sitzung findet heute Mittwoch statt. In ihr soll die Wahl des Staatspräsidenten vollzogen werden. Außerdem sind Wahlen für verschiedene Ausschüsse und die erste und zweite Beratung des Notetats für 1920 vorgesehen.

Schon in der ersten Sitzung des Landtags ging folgende Kleine Anfrage der Frau K l o g von der Bürgerpartei ein: Welche Schritte gedenkt das Staatsministerium zu tun, um dem Stuttgarter Konservatorium für Musik die Möglichkeit einer fruchtbringenden Weiterarbeit zu schaffen? — Bekanntlich hat der Direktor des Instituts, Prof. Bauer, einen Ruf an die Hochschule für Musik nach Berlin erhalten. Das Ausscheiden Bauers würde für das Konservatorium einen schweren Verlust bedeuten.

Das neue Landtagspräsidium.

Der neue Landtagspräsident Abg. Walter (Z.), Landgerichtsdirektor in Ellwangen, ist 1858 geboren. Von 1906 bis zur Revolution war er Abgeordneter der „guten“ Stadt Ellwangen. Nach dem Tode Rienes wurde er zum zweiten Vizepräsidenten des Landtags gewählt. Der neue erste Vizepräsident, Dr. Roth, Rechtsanwalt in Leonberg, steht im 48. Lebensjahr. Er war von 1906—11 Mitglied des Reichstags und seit Mai 1910 Landtagsabgeordneter. Der zweite Vizepräsident, Abg. Keil (Soz.), steht im 50. Lebensjahr und gehört dem würt. Landtag bereits 20 Jahre als Mitglied an. Er war der bisherige Präsident des aufgelösten Landtags und als solcher von allen Parteien wegen seiner sachlichen Geschäftsführung geschätzt.

Wagner-Abend.

Man schreibt uns: Der von der „Zebeka“-Stuttgarter (Zentralstelle für Beratungen in allen künstlerischen Angelegenheiten) am 2. Juli veranstaltete Wagner-Abend verspricht einen außerordentlich hohen Genuß. Dafür bürgen schon Namen wie Kammerfänger Hermann Weil und Opernfängerin Olga Blo me. Kammerfänger Herm. Weil ist jüngst von seiner Wirkungsstätte, der Metropolitan-Oper in Newyork, zurückgekehrt. Sein Beltruf hat sich durch einige Gastspiele in Wien während der letzten Wochen von neuem erwiesen, Publikum und Presse waren gleich begeistert. Auch Fräulein Olga Blo me's hohe Kunst ist vom Landestheater her bekannt. Die Künstler singen — teils solo und teils im Duett — Stücke aus Wagner-Opern, die Musikdirektor M a g L a n g begleiten wird. Die einleitenden Worte spricht Musikschritsteller Emil Hilb-Stuttgarter.

Heidelbeeren.

Heute wurden wie in den Friedensjahren eine größere Zahl von Körben auf dem Calwer Wochenmarkt zum Verkauf aufgestellt. Für das Pfund wurden 2 Mark verlangt. Die Preise gingen bis auf 1,70 Mark zurück. Die Käufer verhielten sich abwartend. Es wird nun am Publikum liegen, ob die Preise unfinnig hoch gehalten oder in angemessener Weise festgesetzt werden. Die Heidelbeerernte fällt in manchen Waldteilen sehr gut, in anderen weniger gut aus, je nachdem der Frost im Mai sich geltend gemacht hat. Jedenfalls darf mit einer mittleren Ernte gerechnet werden, die zur Verjorgung der Bevölkerung ausreicht.

Preiszuschläge für Ausländer

in Hotels und Gasthöfen. Dem „Bayr. Gastwirt“ entnehmen wir: Nach einem Beschluß des Verbandes der Hotelbesitzervereine Deutschlands werden den Ausländern die Preise in ihrer Währung, unter Zugrundelegung der Friedenspreise und des Friedenskurses der Mark, als Mindestpreise berechnet. Wo dieses nicht beliebt wird, sollen Zuschläge auf die jeweils geltenden Inlandspreise in der Höhe bis zu 300 Prozent erhoben werden.

Von den Lederpreisen.

Der in Leipzig tagende Zentralverein der deutschen Lederindustrie erklärt in einer einstimmig angenommenen Entschließung, die Lederpreise nach den jeweiligen Weltmarktpreisen der Rohware und des Leders festzusetzen und zwar ohne Rücksicht auf die in den Betrieben befindlichen wesentlich teureren Beständen. Der Zentralverein erwartet aber, daß sich auch die Händler und Fabrikanten diesen Gesichtspunkten anschließen. Geschehe dies, dann sei eine Hebung der Kaufkraft des Publikums und eine Wiederbelebung aller Betriebe zu erhoffen. In einer weiteren Entschließung wendet sich der Zentralverein gegen die schädigenden Mißstände auf den Häuteauktionen und beauftragt eine Kommission, die Angelegenheit weiter zu verfolgen und die Herbeiführung gesunder Zustände auf den Häuteauktionen anzustreben.

(S.B.) Gerlingen, W. Leonberg, 22. Juni. Die K i t t e r e n t e fällt auch hier reichlich aus. Wer Ritzen selbst pflückt, zahlt 70—80 Pfg.; sonst ist der Preis 1.20—1.30 M., womit sich die Produzenten auch gerne zufrieden geben. Leider spielen hier auch die Händler und Zwischenhändler eine preistreibende Rolle.

Für die Schriftleitg. verantwortl.: J. B. H. D ö d e r, Calw. Druck und Verlaa der A. Hlshäger'schen Buchdruckerei, Calw.

Städtische Lebensmittel-Fürsorge.
Buttermarke 2 kann eingelöst werden.

Kommunalverband Calw.
Fleischbestellung und Markenablieferung.
Der Fleischbedarf für die Zeit vom 28. Juni bis 1. August 1920 ist mittels des auf diese Zeit lautenden Fleischbestellkartenabschnittes spätestens bis **Samstag, den 26. Juni ds. Js.,** bei den Metzger zu bestellen.
Die Ablieferung dieses Bestellkartenabschnittes sowie der Fleischmarken samt Quittungen durch die Metzger hat auf dem Oberamt zu erfolgen, und zwar: für die Metzger der Stadt Calw am Montag, den 28. Juni, von 8-10 Uhr vormittags, für die Metzger der Bezirksamte U-G am Montag, den 28. Juni, von 10-12 Uhr vormittags, für die Metzger der Bezirksamte S-3 am Montag, den 28. Juni, nachmittags. Schlachtscheine sind mitzubringen.
Calw, den 21. Juni 1920.
Kommunalverband: Bögel, Amtmann.

Kommunalverband Calw.
Die Ausstellung der Fleischbezugscheine für Wirte usw.
erfolgt gegen Ablieferung der von den Göttern eingenommenen Fleischmarken am **Freitag, den 25. Juni 1920** während der üblichen Sprechstunden auf dem Oberamt. Die bisherigen Bezugscheine sind mitzubringen. Nachzügler können nicht berücksichtigt werden.
Calw, den 21. Juni 1920.
Kommunalverband: Bögel, Amtmann.

Kommunalverband Calw.
Lebensmittelverteilung für die Landorte.
Auf Bezugsmarke Nr. 28 kommen pro Person zur Verteilung:
a) Haferflocken, lose, 500 Gr., zu Mk. 3.20 b. Vfd.,
b) Käse, 180 Gr., Hartkäse zu Mk. 4.15 oder Weichkäse zu Mk. 2.75 oder Delikatesskäse zu Mk. 2.90 das Vfd. je nach Vorrat.
Die leeren Kisten von der letzten Käsebelieferung sind mitzubringen.
Calw, den 23. Juni 1920.
Kommunalverband: Amtmann Bögel.

Teinach, den 22. Juni 1920.
Dankagung.

Für die wohlthuenden Beweise herzlicher Teilnahme, die wir während der Krankheit und beim Hinscheiden unserer lieben Mutter **Karoline Ude** erfahren durften, sowie für die zahlreiche Begleitung zu ihrer letzten Ruhestätte sagen herzlichsten Dank
die trauernden Hinterbliebenen.

Möbel- und Bettenverkauf.
Wegen Entbehrlichkeit verkaufe ich am Donnerstag, den 24. Juni, Nachmittags 2 Uhr in der Vorstadt in der alten „Traube“ Nr. 28 gegen Barzahlung:
1 eichene Schlafzimmer-Einrichtung bestehend in 2 eichenen Bettlatten, Roste und Matratzen, 2 eichenen Kästen, 1 Waschtisch mit Marmor und Spiegel, 2 Sofa, 1 Nachttischle mit Marmor, 2 Tische, 4 Wiener und 3 andere Stühle, 1 Nähmaschine (Grüner), 1 Küchenbüffel, 1 Vertikow, 1 weiß emaillierter Herd mit geschliffener Platte, 2 Zimmeröfen, sowie etwas Küchengerät.
Liehaber sind eingeladen.
Stadtinventierer Kolb.

Ohne Anzeigen-Reklame dürfte kaum ein Geschäft gross geworden sein!

Liebelsberg.
Das Beeren sammeln jeder Art in den hiesigen Gemeinde- und Privatwäldern ist für Auswärtige bei Strafe verboten.
Gemeinderat.

Pferchverkauf
am Donnerstag, den 24. Juni 1920, vormitt. 9 Uhr.
Calw, den 22. Juni 1920.
Stadtpflege: Frey.


A. Oelschläger'sche Buchdruckerei, Calw
Wir halten uns zur sauberen Herstellung aller **Druckarbeiten** bestens empfohlen. Unser reichhaltiges Schriften- und Ziermaterial, unsere vorzügliche maschinelle Einrichtung setzen uns in den Stand, alle in Industrie-, Handels- und Gewerbebetrieben benötigten Druckfachen rasch und preiswert herzustellen. — Der neuzeitlichen Geschmacksrichtung Rechnung tragend, ist unser Bestreben darauf gerichtet, alle Aufträge in vornehmer, gediegener Ausstattung zur Ausführung zu bringen

Ein 1/2-jähriger, stockhaariger **Wolfspitzer** zu verkaufen.
Von wem sag die Geschäftsstelle des Blattes.

Küchengest.
Am Samstag, den 26. Juni, nachmittags 2 Uhr, verkauft einen Wurf ans Fressen gewöhnte reine

Milchschweine
Jakob Weiß L. E.

Ruh zu kaufen gesucht auch ältere.
Angebote mit Preis unter Nr. 7822 an die Geschäftsstelle des Blattes erbeten.

Guterhaltene **Risten** kauft **Chr. Schlatterer.**

Hasen hat zu verkaufen **Abolf Holzäpfel, Liebenzell.**

Futterkalk Eierlegepulver Emulsion für Schweine Rittlerdrogerie Calw.

3000 Liter Most verkauft schneeweis im Keller in Mindestquantitäten von 500 Liter.
Wer sagt die Geschäftsstelle des Blattes.

Speßhardt Zwei junge **Ziegenböcke** hat zu verkaufen **Benjamin Lörcher.**

Calmbach, O. A. Neuenbürg. Entbehrlichkeitshalber verkaufe ich einen

Braunwallachen 1,72 m groß, 9 Jahre alt, guter Einspänner.
Christian Barth, zum „Bahnhof“, Telefon 47, Amt Wildbad.

1. Veranstaltung d. „Sebeka“ Stuttgart
(Zentralstelle für Beratungen in allen künstlerischen Angelegenheiten.)
Freitag, den 2. Juli 1920, abends 7 1/2 Uhr im Hotel „Badischer Hof“, Calw
WAGNER-ABEND
Mitwirkende:
Opernsängerin **Sci. Olga Blomé**, (Sopran) vom Landestheater Stuttgart; Kammerfänger **Hermann Weil**, (Bariton) New-York-Wien; Musikdirektor **Emil Hilb**, (Einleitender Vortrag) Stuttgart; Musikdirektor **Max Lang**, (Klavier) Stuttgart.
Vortragsfolge: 1. Einleitender Vortrag, Emil Hilb; 2. Tannhäuser a) Blick ich umher, b) Lied an den Abendstern, Herm. Weil; 3. Der fliegende Holländer Ballade d. Senta, Olga Blomé; 4. Die Meisterfänger Zwiesgespräch zwischen Eva und Hans Sachs, Olga Blomé u. Herm. Weil; 5. Die Walküre Feuerzauber und Wotans Abschied (Klavierbearbeitung) Max Lang; 6. Die Meisterfänger Ansprache d. Hans Sachs, Herm. Weil; 7. Tristan und Isolde Haldes Liebestod, Olga Blomé; 8. Der fliegende Holländer Duett: Senta u. Holländer, Olga Blomé u. Herm. Weil.
Preise der Plätze Mk. 5.30, 4.30, offener Platz (Galerie) 2.30. Kartenerwerb Friedrich Häubler'sche Buchhandlung.

Ordentliches **Mädchen** für Haushalt gesucht.
Café Wurster, Calw.

Gesucht auf 1. Juli oder später ehrliches, kräftiges **Mädchen** über 16 Jahre alt, für Küche u. Haushaltung, zu Familie ohne Kinder. Reichliche Verpflegung, gute Behandlung und hoher Lohn zugesichert. Anfragen erbeten an die Geschäftsstelle des Blattes.

Kurzgefälgtes, trockenes **Brennholz** in Fuhren zu Mk. 85.— kann sofort geliefert werden
L. Kärcher, Sägewerk, Hirau.

Neue **Fahrpläne** das Stück zu 30 Pfennig, sind auf der Geschäftsstelle des Blattes erhältlich.

An die Arbeiter und Arbeiterinnen, an alle sozial denkenden Männer und Frauen!
Die Jugendfürsorge
vom Anfang bis zur Volljährigkeit ist seit Jahren eine wichtige sozialpolitische Frage. Seit Jahrzehnten ging der Ruf nach staatlichen Einrichtungen dafür. Der Anfang ist gemacht durchs Jugendamtsgesetz. Da gilt's mitarbeiten und dies geschieht am besten im unterzeichneten Verein, wo alle die Jugendfürsorge betr. Fragen besprochen und praktisch gelöst werden sollen. Der Verein übt nur reine Menschspflicht. Es gilt der Jugend, der heranwachsenden Generation zu helfen. In der bald. Hauptversammlung wird alles weitere erklärt.
Um zahlreich. Beitritt durch Eintragung in die Listen die zur Zeit im Umlauf sind, (Jahresbeitrag nur 5 Mk.) bittet dringend der Verein Arbeiterjugendhilfe Calw.

Steuerfrei!
bleiben auch nach dem ersten Juni meine **getrockneten Heidelbeeren mit Zutat** zur Herstellung eines vorzüglich schmeckenden Getränkes. Zur Zusammenführung mit Johannisbeeren, Stachel- und Heidelbeeren vorzüglich geeignet. **Stänzenbe Anerkennungen.**
Pakete zu 100 Liter mit Süßstoff Mk. 48.50, ohne Süßstoff kosten die Pakete 24.50, per Paket, ohne Süßstoff kosten die Pakete 6.— weniger.
Genauere Anweisung liegt den Paketen bei. Ferner solange Vorrat ohne Steuer bei den Niederlagen **Russ Kunstmostausatz mit Heidelbeerausatz u. Süßstoff** zu 100 Liter zu 22 Mk. und zu 50 Liter zu 12 Mk. per Flasche.
Robert Ruf, Ettlingen.
Niederlagen: Friedrich Lamparter, Calw, Emil Adner, Hirau, Fr. Oswald, Liebenzell, Carl Straile, Althengstett, Gottl. Sattler, Stammheim, G. Walz, Deckenpfromm
Wo nicht zu haben erfolgt Versand ab Ettlingen

Feinste Holländische Import-Cigarillos
aus rein Uebersee-Tabaken in eleg. Taschen à 10 u. 20 Stück Mk. 580.— per Mille franco. Kleinverkaufspreis 75 Pfennig pro Stück. Verlangen Sie Probepäckchen mit 200 Stück zu Mk. 116.— franko Nachnahme.
M. Mirow, Cigarrenfabrik Hamburg I.